

Pressekontakt:

Katrin van Herck
Tel.: 0511 / 30 30 43 15
Fax: 0511 / 30 30 48 63
Mobil: 0174 / 15 00 427
E-Mail: katrin.vanherck@lt.niedersachsen.de

Die FDP-Fraktion im Internet:

www.fdp-fraktion-nds.de
www.facebook.com/fdpfraktionnds
www.instagram.com/fraktionsleben

Presseinformation

Nr. 340/2016 - Hannover, den 22.11.2016

Schulpolitik

Björn Försterling: Aktuelle Rahmenbedingungen der Inklusion werden niemandem gerecht – Auslaufen der Förderschule Lernen muss rückgängig gemacht werden

Hannover. Der bildungspolitische Sprecher der Freien Demokraten im Landtag Niedersachsen, Björn Försterling, fordert mehr Zeit für die Umsetzung der Inklusion und dafür einen Erhalt der Förderschule Lernen. „Schulleiter, Lehrer und Eltern laufen mittlerweile Sturm gegen die aktuelle Situation. Diese Landesregierung hat die Inklusion mit heißer Nadel gestrickt und im Hau-Ruck-Verfahren umgesetzt. Die Schulen hatten einfach nicht genug Zeit, sich ausreichend vorzubereiten. Es fehlen Sonderpädagogen, es fehlen pädagogische Mitarbeiter, es fehlt an Qualifikationsstandards für Schulbegleiter und an einer Aufgabenbeschreibung für diese. Die Lehrer fühlen sich allein gelassen, den Kindern wird das alles nicht gerecht“, erklärt Försterling.

Den Eltern von Kindern mit einem Unterstützungsbedarf Lernen bleibe aber im Vergleich zu Eltern von Kindern mit Förderbedarf in anderen Bereichen, wie Sprache, emotionale und soziale Entwicklung oder auch Hören und Sehen keine Wahlmöglichkeit. „Die Eltern merken, dass ihre Kinder in den Regelschulen nicht optimal gefördert werden und wünschen sich wieder die Möglichkeit einer alternativen Beschulung. Wir müssen deshalb die Förderschule Lernen erhalten. Wenn Inklusion gelingen soll, dann müssen erst die Rahmenbedingungen stimmen und dann werden sich die Eltern auch bewusst dafür entscheiden. Doch das braucht Zeit und die sollten wir den Kindern, den Eltern, den Lehrern und den Schulen geben“, so Försterling weiter. Seine Fraktion habe deshalb einen Antrag zur Änderung des Niedersächsischen Schulgesetzes in den Landtag eingebracht, der ein Moratorium für das aktuelle Inklusionsprojekt der rot-grünen Landesregierung vorsieht.

Hintergrund: Der Niedersächsische Landtag behandelt in der kommenden Plenarsitzung in erster Beratung den Gesetzentwurf der FDP-Fraktion zur Änderung des Niedersächsischen Schulgesetzes. Ziel des Entwurfs ist ein Moratorium für das Inklusionsprojekt von Kultusministerin Frauke Heiligenstadt.